

Inhaltlicher Antrag

Initiator*innen: Landesvorstand der Jusos Sachsen (dort beschlossen am: 28.03.2026)

Titel: Angstfrei draußen unterwegs sein - Progressive Sicherheitspolitik sichtbar machen

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen:

Antragstext

1 Das subjektive Sicherheitsgefühl vieler Menschen in Deutschland hat sich in den
2 vergangenen Jahren spürbar verschlechtert. Umfragen (z.B. ARD DeutschlandTrend
3 2025) zeigen, dass sich immer mehr Menschen im öffentlichen Raum unsicher fühlen
4 – insbesondere abends oder nachts. Dieses Unsicherheitsgefühl ist ernst zu
5 nehmen, auch wenn die objektive Kriminalitätslage differenziert betrachtet
6 werden muss.

7 Denn gleichzeitig gilt: Die Gesamtzahl der Straftaten ist in Deutschland
8 rückläufig, während bestimmte Deliktbereiche – insbesondere Gewaltdelikte –
9 zugenommen haben. Diese Entwicklung führt zu einer Diskrepanz zwischen
10 statistischer Realität und subjektiver Wahrnehmung, die politisch nicht
11 ignoriert werden darf.

12 Konservative und rechte Parteien instrumentalisieren diese Verunsicherung
13 gezielt. Insbesondere AfD und CDU nutzen das Thema Sicherheit in ihrer
14 öffentlichen Kommunikation, um Ängste zu schüren und rassistische Narrative zu
15 verbreiten. Sicherheit wird dabei häufig exklusiv gedacht und dient als Vorwand
16 für Ausgrenzung und autoritäre Maßnahmen.

17 Demgegenüber fehlt es der SPD und auch uns Jusos bislang an einer klaren,

sichtbaren und selbstbewussten Kommunikation zum Thema Sicherheit im öffentlichen Raum. Obwohl wir progressive und solidarische Konzepte für Sicherheit haben, tauchen diese in der öffentlichen Wahrnehmung kaum auf. Dadurch überlassen wir das Feld politischen Kräften, die Sicherheit gegen Freiheit und Solidarität ausspielen.

Für uns ist klar: Sicherheit ist ein zentrales sozialdemokratisches und linkes Anliegen. Ein funktionierender Sozialstaat bedeutet auch, dass sich alle Menschen im öffentlichen Raum frei und ohne Angst bewegen können.

Gerade marginalisierte Gruppen – Frauen, queere Menschen, People of Color, Menschen mit Behinderung oder prekär Beschäftigte – sind häufiger von Unsicherheit betroffen. Eine progressive Sicherheitspolitik muss ihre Perspektiven ins Zentrum stellen.

Wir fordern:

1. Anerkennung des Problems

Die SPD erkennt das wachsende subjektive Unsicherheitsgefühl im öffentlichen Raum als reale gesellschaftliche Herausforderung an und stellt sich dieser aktiv – sowohl durch konkrete Maßnahmen als auch durch faktenbasierte Aufklärung.

2. Progressive Sicherheitskonzepte stärken

Die SPD und die Jusos setzen sich für eine Sicherheitspolitik ein, die auf Prävention, soziale Gerechtigkeit und Teilhabe setzt. Dazu gehören unter anderem:

- Ausbau sozialer Infrastruktur und Jugendarbeit
- Stärkung von Präventionsprogrammen gegen Gewalt
- Gute Stadtplanung (Beleuchtung, öffentliche Räume, Aufenthaltsqualität)
- Ausbau von Beratungs- und Hilfsangeboten für Betroffene
- Beseitigung von Angsträumen im öffentlichen Raum durch konsequente, zielführende Maßnahmen

3. Sicherheit für alle statt für wenige

Die SPD macht deutlich: Sicherheit ist ein Recht für alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, sexueller Orientierung oder sozialem Status. Wir stellen uns gegen jede Form der Instrumentalisierung von Unsicherheit für rassistische oder ausgrenzende Politik.

4. Offensive Kommunikationsstrategie

Die SPD verankert das Thema „Sicherheit im öffentlichen Raum“ sichtbar in ihrer Außenkommunikation, insbesondere in Wahlkämpfen. Dabei wird klar kommuniziert:

- Sicherheit ist ein sozialdemokratisches Kernthema
- Progressive Politik schafft reale Sicherheit
- Angst darf nicht politisch missbraucht werden
- Eine öffentlich kommuniziertes Kernziel der SPD könnte werden: „Jede Person soll jederzeit angstfrei draußen unterwegs sein können.“

Begründung

Erfolgt mündlich.